

■ Nach dem Mauerbau kehrte in der DDR noch lange keine Ruhe ein. Es rumorte überall – in der Industrie ebenso wie in der Landwirtschaft, in den Kirchen nicht weniger als in den Universitäten. Der Staatssicherheit blieben diese Phänomene der Unruhe nicht verborgen, wie ihre interne Berichterstattung zeigt. Die Stasi ging hart dagegen vor und nutzte die angespannte Lage, um abweichendes Verhalten zu kriminalisieren und ihre eigenen Kompetenzbereiche immer weiter auszudehnen. Dem Mauerbau folgte so keine Demobilisierung, sondern eine Expansion des Geheimdienstes, der hinter der Mauer bald allgegenwärtig war. ■

Daniela Münkler

Unruhe im eingeschlossenen Land

Ein interner Stasi-Bericht zur Lage in der DDR nach dem Mauerbau

13. August 1961: Walter Ulbricht war am Ziel – das sogenannte „Grenzloch“ zwischen Ost- und Westberlin wurde geschlossen. Seit Anfang des Jahres 1961 hatte der DDR-Staatschef seine Bemühungen intensiviert, um von Kremldirektor Nikita Chruschtschow grünes Licht für die endgültige Abriegelung der DDR zu bekommen. Der anhaltende Exodus einer immer größer werdenden Zahl vor allem gut ausgebildeter junger DDR Bürger ins Wirtschaftswunderland Bundesrepublik¹ und Probleme auf allen Ebenen, von der Versorgung über den Konsum bis hin zur industriellen Produktionen, schienen den Aufbau eines sozialistischen deutschen Staates an den Rand des Scheiterns zu bringen. Chruschtschow, der durch sein Ultimatum vom November 1958, die zweite große Berlinkrise der Nachkriegszeit ausgelöst hatte, zögerte jedoch. Er wollte sich die Möglichkeit offen halten, seine Forderungen nach der Aufhebung des Viermächtestatus² von Berlin und der Übertragung der verbliebenen sowjetischen Hoheitsrechte an die DDR doch noch gegenüber den Westalliierten durchzusetzen³. Da diese Aussichten zusehends schwanden und die DDR durch die stark anschwellende Fluchtbewegung auszubluten drohte, gab der Kreml-Chef Mitte Juli 1961 Ulbricht die gewünschte Zusage³.

¹ Zu den Flüchtlingsbewegungen vgl. u. a. Damian van Melis/Henrik Bispinck (Hrsg.), „Republikflucht“. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006; Henrik Bispinck, „Republikflucht“: Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hrsg.), Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003, S. 285–309.

² Ausführlich zu den Blockauseinandersetzungen der Jahre 1958 bis 1961 vgl. u. a. Rolf Steininger, Berlinkrise und Mauerbau 1958–1963, München 2009; Gerhard Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohhpolitik und Mauerbau, München 2006; Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 121 ff.; Hope M. Harrison, Driving the Soviets Up the Wall. Soviet-East German Relations, 1953–1961, Princeton/Oxford 2003, S. 96 ff.

³ Wann die DDR aus Moskau die endgültig Genehmigung zur Schließung der Grenze in Berlin bekommen hat, war lange umstritten. Galt früher die Moskauer Tagung vom 3.–5.8.1961 als Entscheidungsdatum, hat die Einbeziehung weiterer Quellen und Memoiren sowie die ge-

Die Vorbereitungen zur Grenzschließung liefen unter strengster Geheimhaltung. Nur ein ganz kleiner Kreis von Spitzenfunktionären war darüber informiert. Neben Walter Ulbricht selbst, der die Federführung nicht aus der Hand gab, waren Erich Mielke als Minister für Staatssicherheit, Innenminister Karl Maron, Heinz Hoffmann als Verteidigungsminister, Erwin Kramer als Verkehrsminister, Willi Stoph (stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats) sowie Paul Verner (1. Parteisekretär Berlin) und Alois Pisknik (1. Parteisekretär Magdeburg) involviert⁴. Ein wichtiger Akteur war auch der ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, Erich Honecker, der als Leiter des unmittelbar vor dem 13. August gebildeten „Zentralen Einsatzstabes“ die praktische Umsetzung der Sperrmaßnahmen verantwortete. Erst am 12. August zwischen 21.00 und 22.00 Uhr wurden die übrigen Mitglieder des Ministerrats und des Staatsrats von Ulbricht persönlich über die bevorstehende Abriegelung der Zugänge nach Westberlin in Kenntnis gesetzt.

Bei der Aktion selbst sollte sich die Staatssicherheit als geheimes Kontroll- und Sicherungsorgan zumeist im Hintergrund halten. Wie jüngst gefundene Dokumente belegen, musste sie dann aber doch in das Geschehen eingreifen, um Versäumnisse anderer Stellen auszugleichen⁵. So erschien die Transportpolizei, der eine zentrale Rolle bei der Unterbrechung der U- und S-Bahnstrecken zugeordnet war, aufgrund einer falschen Einsatzzeit erst vier Stunden nach Beginn der Schließungsmaßnahmen⁶. Zu diesem Zeitpunkt war die Arbeit vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bereits im Wesentlichen getan: Zwölf S- und U-Bahnlinien zwischen Ost- und Westberlin waren unterbrochen, die Ostberliner Bahnhöfe der „Westlinien“, die unter dem Ostsektor durchfuhren, geschlossen. Hier zeigt sich bereits, was sich in den kommenden Monaten noch verstärken sollte: Das MfS nutzte die Grenzschließung, um sich auf Kosten anderer Sicherheitsorgane zu profilieren, und erreichte so die Übertragung zusätzlicher Kompetenzen, die auch langfristig seine personelle Expansion begünstigten⁷.

Bei dem hier abgedruckten Bericht handelt es sich um ein bisher unbekanntes Dokument der Staatssicherheit über die nach der Berliner Grenzsperrung aufgetretenen Sicherheitsprobleme. Das Dokument wurde im Rahmen von Vorarbeiten für die Edition des Jahrgangs 1961 der MfS-Berichte an die politische Führung im Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde gefunden. Anders als die Berichte dieser Reihe war er allerdings von vornherein nur für die Stasi-interne In-

naue Rekonstruktion der Vorbereitungen in der DDR für den Tag der Grenzsperrung, einen früheren Termin im Juli ergeben. Zur Frage der Datierung vgl. ausführlich Armin Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971), Berlin 2002, S. 438 ff.; Manfred Wilke, Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte, Berlin 2011, S. 296 ff.

⁴ Vgl. Wagner, Der Nationale Verteidigungsrat, S. 448.

⁵ Vgl. dazu ausführlich Daniela Münkel (Bearb.), Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2011, u. a. S. 31 ff.

⁶ Vgl. ebenda, S. 32, und Information 413/61 u. 414/61. Insgesamt werden 17 bisher nicht bekannte, geheime Berichte der „Zentralen Informationsgruppe“ an die SED-Führung aus der Zeit während und unmittelbar nach dem Mauerbau in dem Band ausgewertet und publiziert.

⁷ Vgl. Jens Gieseke, Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, München 2006, S. 71 ff.

formation bestimmt. Erstellte wurde er deshalb auch nicht von der sogenannten Zentralen Informationsgruppe (ZIG) des MfS, sondern von der „Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle“, einer Art MfS-internen „Innenrevision“. Der vorliegende Bericht unterscheidet sich von denen der „Zentralen Informationsgruppe“ in entscheidenden Punkten: Er bietet keine Momentaufnahme wie die zumeist tagesaktuellen Lageberichte, die die politische Führung in den Wochen nach der Grenzsperrung erhielt, sondern bemüht sich um eine umfassende Beurteilung der Gesamtlage in der DDR zwei Monate nach dem Mauerbau – freilich aus der spezifischen Sicht des DDR-Geheimdienstes. Da der Bericht ausschließlich zur internen Verwendung angefertigt wurde, benennt er ungeschminkt die neuralgischen Bereiche, in der sich die Staatsicherheit aktuell und in naher Zukunft herausgefordert sah. Dabei ging es einerseits um die Reaktion auf Proteste und widerständige Verhaltensweisen, die unmittelbar und mittelbar mit dem Mauerbau zu tun hatten, andererseits um die Erzwingung von weitreichender politischer Konformität in der nunmehr „eingemauerten“ DDR.

Bezeichnenderweise bezogen sich die Repressions- und Präventionsambitionen nicht nur auf politische Verhaltensweisen im engeren Sinn, sondern etwa auch auf die Arbeitsdisziplin oder Probleme der Planerfüllung. So geriet neben den Kirchen und Hochschulen, in denen das MfS – gleichsam routinemäßig – ein hohes Widerspruchspotential erwartete, auch die allgemeine Lage in der Industrie, der Landwirtschaft und dem Bau- und Verkehrswesen, einschließlich der allgegenwärtigen Probleme einer unzureichenden Produktivität, in den Blick der Berichtersteller. Eindrucksvoll dokumentiert der Bericht, dass auch noch Wochen nach der Grenzschließung in Berlin und überall in der DDR Proteste unterschiedlichster Art aufkeimten und keine Ruhe eingekehrt war. Darüber hinaus wird deutlich, dass durch den Mauerbau die eklatanten Probleme auf allen Gebieten, mit denen die DDR zu kämpfen hatte – mit Ausnahme des Massenexodus –, natürlich nicht beseitigt waren, sondern sich teilweise sogar noch verschärften.

Als Informationsgrundlage des Berichtes dürften Meldungen der einzelnen MfS-Bezirksverwaltungen über die Lage in ihrem Verantwortungsgebiet gedient haben, die von der „Zentralen Informationsgruppe“ des MfS Ende September 1961 bereits zu bezirklichen Lageberichten zusammengefasst worden waren⁸. Das bescheidene analytische Niveau des Berichtes spiegelt das in dieser Zeit im MfS herrschende Bildungsniveau wider, wobei freilich gesagt werden muss, dass die für den Text verantwortliche „Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle“ zu den Dienst-einheiten gehörte, die mit überdurchschnittlich qualifizierten Offizieren besetzt war. Sie war im Juli 1957 aus der alten „Kontrollinspektion“ des MfS entstanden und mit hochrangigen Kadern aus unterschiedlichen operativen Abteilungen aufgefüllt worden⁹. Die Dienst-einheit war für die Kontrolle der Kreisdienststellen

⁸ Vgl. die ZIG-Berichte 589/61, 590/61, 591/61, 592/61, 594/61, 595/61, 597/61, 600/61, 601/61, 602/61, 603/61 u. 604/61, abgedruckt auf CD, in: Münkler, Die DDR im Blick der Stasi 1961.

⁹ Vgl. dazu ausführlich Roger Engelmann/Frank Joestel, Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Berlin 2009, S. 34 ff.

und Bezirksverwaltungen und für die Überprüfung der Schwerpunktsetzung im Bereich der nachrichtendienstlichen Tätigkeit zuständig. Die „Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle“ hatte weitreichende Kompetenzen: So konnte sie unter anderem die „zur Durchführung der Kontrollaufgaben erforderlichen Dokumente und Unterlagen“ einsehen. Außerdem hatte sie die Befugnis, „von den Leitern und Mitarbeitern der Hauptabteilungen, Abteilungen und Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Auskünfte“ zu verlangen¹⁰. Ihre Aufgabenfelder umfassten des Weiteren die „Überprüfung des Standes der operativen Arbeit“, also die Einschätzung der Qualität der geheimdienstlichen Tätigkeit, und die Durchsetzung der zentralen Befehle sowie der allgemeinen Parteivorgaben¹¹. Ziel war die Optimierung der Arbeit der Staatssicherheit auf allen Ebenen.

Themenfelder des Berichtes

Vom immensen Protest nach der Grenzschießung war im Bericht gleich eingangs die Rede, als ein „erhebliches Ansteigen staatsfeindlicher Hetze“ konstatiert wurde. Dann folgte die Beschreibung einiger, aus Sicht des MfS besonders signifikanter Einzelfälle. Diese wurden entsprechend der in der SED und im MfS damals vorherrschenden Feindschemata kategorisiert: „Rückkehrer, Erstzuziehende, ehemalige Umsiedler, Parteausgeschlossene, faschistische sowie kriminell vorbestrafte Elemente“. Generationell wurde ein Schwerpunkt bei den unter 25-Jährigen ausgemacht. Ideologisch eingebettet wurden die nonkonformen und oppositionellen Verhaltensweisen in das Leitkonzept der „politisch-ideologischen Diversion“, welches seit Erich Mielkes Amtsantritt als Minister für Staatssicherheit im Jahr 1957 die Abwehrarbeit des MfS prägte. Nach der maßgeblichen Definition, die Mielke im Februar 1958 auf einer Leitungssitzung des MfS gegeben hatte, handelte es sich um „die Methode des Feindes zur Zersetzung der Partei, um ihre führende Rolle beim Aufbau des Sozialismus zu beseitigen, zur Aufweichung der DDR und des ganzen sozialistischen Lagers“¹². Es ging dabei immer um angebliche Einflussnahme des Westens, da autochthone Ursachen für politischen Widerspruch und ideologische Abweichungen im Weltbild der führenden Kommunisten nicht vorkamen. Der rituelle Verweis auf die „ideologische Diversion“ – gleichsam als eigene ideologische Selbstvergewisserung – zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Bericht.

Zur verklausulierten Beschreibung von SED-internen Problemen bemühte man darüber hinaus die althergebrachten Stereotypen von „Sozialdemokratismus“, „Opportunismus“ und „Revisionismus“. Immer wieder, zumeist am Anfang der

¹⁰ Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (künftig: BStU), MfS, BdL-Dok. 3027, Dienstanweisung 46/53.

¹¹ BStU, MfS, SdM 599, „Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle“, Tätigkeitsbericht für das Jahr 1960 vom 17. 1. 1961.

¹² Zit. nach Roger Engelmann/Silke Schumann, Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht-Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957, in: VfZ 43 (1995), S. 341–378, hier S. 354, Anm. 79.

thematischen Abschnitte, findet sich die Behauptung, dass die Politik der Partei- und Staatsführung mehrheitlich auf Zustimmung stoße und in der Bevölkerung überwiegend „positive Einstellungen“ vorhanden seien. Solche Formulierungen sind in allen Varianten der MfS-Berichterstattung zu finden. Auch sie gehören zu dem schon erwähnten Ritual der Selbstvergewisserung. Das eigentliche Interesse des Staatssicherheitsdienstes galt jedoch Problemlagen und abweichendem Verhalten – und da gab es tatsächlich viel zu tun.

In Betrieben und auf Großbaustellen war es nach dem 13. August 1961 zu Arbeitsniederlegungen, Protestkundgebungen, „feindlichen Diskussionen, Hetze und Schmierereien“ gekommen. Dies beunruhigte Staatssicherheit und Parteiführung nicht zuletzt wegen des noch immer tief sitzenden Traumas vom 17. Juni 1953 besonders. Die Berichterstattung in diesen Abschnitten folgt einem Schema: Abweichendes Verhalten wird einerseits auf die negativen und bewusst gesteuerten Einflüsse aus der Bundesrepublik zurückgeführt, die von den Westmedien oder dem geradezu mystifizierten „Ostbüro der SPD“ ausgehen würden. Andererseits wird es aber auch im Zusammenhang mit Planrückständen sowie dem Versagen der führenden Kader im Betrieb und in den lokalen Parteileitungen gesehen. Das MfS spart hier nicht mit Kritik.

Hier deutet sich bereits an, dass die Ökonomie eines der wichtigsten Operationsfelder des MfS zu werden begann. Die Schwierigkeiten der DDR-Wirtschaft, die sich durch die Ende 1960 verkündete Politik der „Störfreimachung“, das heißt den Versuch zur Abkoppelung vom innerdeutschen Handel, nochmals verschärften, blieben während der gesamten Existenz der DDR einer der neuralgischsten Punkte und eine ständige Quelle der Unzufriedenheit. Das 1958 auf dem V. Parteitag postulierte Ziel, die Bundesrepublik bis 1961 im Hinblick auf den Lebensstandard einzuholen, musste stillschweigend aufgegeben werden, und im Juli 1961 erfolgten weitreichende Umstrukturierungen in der Wirtschaftsorganisation, von denen sich die SED eine Effektivierung versprach¹³.

Ein weiteres Problemfeld war die Landwirtschaft. Die rücksichtslose Umsetzung der Vollkollektivierung im Frühjahr 1960 spielte eine entscheidende Rolle bei der krisenhaften Entwicklung, die dem Mauerbau voranging¹⁴. Viele Bauern weigerten sich, den Boden gemeinschaftlich zu bewirtschaften oder die Viehwirtschaft im Kollektiv zu betreiben. Zahlreiche LPGs waren nur formal gegründet worden, bei anderen wurde die Gründung unter Vorspiegelung unterschiedlichster Vorwände immer wieder hinausgezögert. Manche Bauern versuchten, ihren

¹³ Nach sowjetischem Vorbild wurde die Leitung der Wirtschaft organisatorisch aufgeteilt. Es wurde ein Volkswirtschaftsrat gegründet, der für die jährlichen Wirtschaftspläne und die alltägliche operative Leitung der Industrie zuständig war. Die Zentrale Staatliche Plankommission, die bis dahin die zentrale Instanz zur Steuerung der DDR-Wirtschaft gewesen war, wurde auf die Perspektivplanung und die Abstimmung der Jahrespläne beschränkt. Vgl. André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül*, Berlin 1999, S. 26 f.

¹⁴ Vgl. dazu u. a. Jens Schöne, *Frühling auf dem Lande. Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft*, Berlin 2005, S. 180 ff.

Eintritt wieder rückgängig zu machen¹⁵. Darüber hinaus fehlte es an Produktionsmitteln und qualifizierten Arbeitskräften. Die Zahl von Viehverendungen und Scheunenbränden stieg 1960/61 exorbitant an, und die Staatssicherheit witterte hier natürlich Sabotage. In den Jahren 1960/61 kehrten zahlreiche Bauern mit ihren Familien der DDR den Rücken. Gleichzeitig war die landwirtschaftliche Produktion stark rückläufig, sodass es zu erheblichen Versorgungsengpässen kam. Beispielsweise mussten im ersten Vierteljahr 1961 sogenannte „Kundenlisten“ für Butter eingeführt werden¹⁶.

Die für die SED-Führung extrem schwierige Situation auf dem Lande eröffnete für das MfS ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld. War die Staatssicherheit bis zum Frühjahr 1960 in ländlichen Gebieten nicht besonders gut verankert gewesen¹⁷, weitete sie nun ihr Informantennetz und ihre Zuständigkeitsbereiche aus, um so eine nachhaltige Implementierung der genossenschaftlichen Bewirtschaftungsformen zu erreichen. Dabei beschränkte sich die Geheimpolizei nicht auf ihre „eigentliche“ Aufgabe der „Feindbekämpfung“, sondern verstand sich zunehmend auch als Organ, das überall hineinwirken durfte und musste, um die Ziele der Partei zu erreichen. Deutlich wird dieser Anspruch spätestens mit der grundlegenden Richtlinie Mielkes „zur politisch-operativen Sicherung der weiteren Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft“ vom 14. Juni 1961, in der das MfS auch für den rationellen Einsatz von Landmaschinen, die Reduzierung der Viehsterblichkeit und die Durchsetzung „der sozialistischen Leistungsprinzipien“ sowie allgemein für den Kampf gegen „Misswirtschaft, Schlamperei, herzloses und bürokratisches Verhalten“ mitverantwortlich gemacht wurde¹⁸.

Angesichts dieses Anspruchs und der bestehenden Probleme auf dem Lande wundert es wenig, dass die Landwirtschaft und die Reaktionen der Bauern nach dem Mauerbau besonders im Fokus der Stasi standen. Nach der Feststellung, dass die „politisch-ideologische Diversion“ auf dem Lande durch westliche Rundfunk- und Fernsehsender auf besonders fruchtbaren Boden falle, werden als Hauptträger der sich verstärkenden „Feindtätigkeit“ stereotyp „großbäuerliche und faschistische Elemente“ genannt. Auch erste Erfolge des MfS bei der Zerschlagung von Gruppen von Bauern, die sich negativ zur Grenzschließung und Kollektivierung geäußert hatten, werden gemeldet. Nach der Aufzählung der Schwierigkeiten, (wie LPG-Austritte, Versuche, die genossenschaftliche Bewirtschaftung zu boykottieren, oder die Nichterfüllung der landwirtschaftlichen Produktionspläne) wird Ursachenforschung betrieben. Neben der mangelnden Qualifikation vieler landwirtschaftlicher Arbeiter und unzureichenden Produktionsmitteln wird auch das Versagen der zuständigen staatlichen und politischen Organe hervorgehoben.

¹⁵ Vgl. dazu ausführlich Daniela Münkel, Staatssicherheit im „sozialistischen Frühling“ 1960. Der Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft im Spiegel der MfS-Berichte an die SED-Führung, in: Deutschlandarchiv 43 (2010), S. 470–478.

¹⁶ Vgl. u. a. Ina Merkel, Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Weimar 1999, S. 76 f.

¹⁷ Vgl. Regina Teske, Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958 (BF informiert Nr. 27), Berlin 2006.

¹⁸ BStU, MfS, BdL/Dok. 2397, Bl. 1–18.

Der Bericht macht aber noch etwas anderes deutlich: Trotz zahlreicher Proteste und anderer nonkonformer Verhaltensweisen machte sich Resignation unter der DDR-Bevölkerung breit: Die Bauern befürchteten nach der Grenzsperrung eine Verschärfung der repressiveren Maßnahmen. Die bis dahin noch vorhandenen Hoffnungen auf eine Rücknahme der Kollektivierung brachen in sich zusammen. Handwerker und Kleingewerbetreibende plagten ebenfalls Sorgen wegen der vollständigen Vergenossenschaftlichung ihres Eigentums. Wissenschaftler, insbesondere Mediziner und Naturwissenschaftler, sahen sich vom internationalen wissenschaftlichen Austausch abgehängt und fürchteten um die Aufrechterhaltung fachlicher Standards. Der Bericht benennt diese Befürchtungen und weist auch daraufhin, dass Bestrebungen von Wissenschaftlern im Gange seien, der DDR-Regierung durch eine – wie es hieß – „geeignete Arbeitsweise“ vor Augen zu führen, dass es ohne den Austausch mit Westdeutschland nicht gehe.

Die Hochschulen waren ein weiterer Brennpunkt des Protestes. Im Rahmen der propagandistischen Inszenierung allseitiger Zustimmung zur Grenzschließung mussten die Rektoren an den Universitäten und Hochschulen – wie in anderen Bereichen auch – in den ersten Senatsitzungen nach dem 13. August 1961 entsprechende Erklärungen beschließen und von jedem einzelnen Mitglied des Senats der Hochschule persönlich unterschreiben lassen¹⁹. Hochschullehrer und Wissenschaftler verweigerten die Unterschrift und gaben so ihrem Protest gegen die Maßnahmen der Regierung Ausdruck. Dies war zwar kein Massenphänomen, blieb aber auch keine Einzelercheinung. Schwerpunkte bildeten hier – laut Bericht – die Karl-Marx-Universität Leipzig, die Humboldt-Universität zu Berlin, die Technische Universität Dresden, die Friedrich-Schiller-Universität Jena, die Universität Rostock sowie die Martin-Luther-Universität und die Leopoldina in Halle²⁰. In der Regel wurde versucht, die Unterschriften der Hochschullehrer mit Pressionen aller Art zu erzwingen. Das Regime reagierte mit Parteiverfahren, Entlassungen oder Verhaftungen. Der Bericht nennt allein für Leipzig 50 laufende Parteiverfahren gegen Wissenschaftler und Lehrkräfte wegen „negativer und feindlicher Diskussionen“, wobei die naturwissenschaftlich-technischen, medizinischen und theologischen Fakultäten eine besondere Rolle spielten.

Proteste von Studenten gab es erst später, da die Grenzsperrung mitten in den Semesterferien erfolgte. Sie richteten sich vor allem gegen den bereits am 16. August 1961 von der Freien Deutschen Jugend (FDJ) gestarteten „Kampfaufwurf“ zum „freiwilligen“ Eintritt in die Nationale Volksarmee (NVA), dem eine mit Zwangsmitteln geführte Werbekampagne folgte. Trotz starken Drucks verweigerten nicht wenige Studenten die Unterschrift. Das zuständige „Staatssekretariat für

¹⁹ Vgl. Anita Krätzner, Zwischen „Störfreimachung“ und „Kampfauftrag“. Die Situation der Universitäten im Jahr 1961, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.), Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt a.M. u. a. 2011, S. 191–203, hier S. 195; Ilko-Sascha Kowalczyk, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 548 ff.

²⁰ Die Auseinandersetzungen in Halle sind dokumentiert in: Sybille Gerstengarbe/Horst Hennig, Opposition. Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation, Leipzig 2009, S. 595–602.

Hoch- und Fachschulwesen“ forderte deswegen ein hartes Durchgreifen²¹. Es kam zu Exmatrikulationen und Verhaftungen. Bei den Exmatrikulationen lagen die Schwerpunkte an den Universitäten Leipzig, Jena und Rostock²². Die meisten Verhaftungen gab es in Berlin, wobei die naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten besonders stark betroffen waren. Auch die „Evangelischen Studentengemeinden“ profilierten sich, wenn es um die Verweigerung des Eintritts in die NVA ging.

Auseinandersetzungen um die Kampagne der FDJ gab es jedoch auch mit der nichtstudentischen Jugend. Dass die Staatssicherheit auch hier einen starken Einfluss der Kirche ausmachte, verwundert kaum. Viele ostdeutsche Jugendliche orientierten sich an der westlichen Freizeitkultur und konnten bis zum Mauerbau, zumindest wenn sie in Ostberlin und im Berliner Umland wohnten, bei ihren Besuchen in Westberlin daran teilhaben. Als dieser Weg versperrt war, fiel die Reaktion eindeutig aus. Manche versuchten sogar, die Grenze unter Gefahr für Leib und Leben zu überwinden. Das MfS schätzte, dass 75 Prozent der Personen, die im letzten Vierteljahr des Jahres 1961 über die gesperrte Grenze geflohen waren, unter 25 Jahre alt waren²³.

Polizei und Staatssicherheit gingen dagegen mit großer Härte vor. Überall witterte das MfS „Bandenbildung“ und „Rowdytum“, wobei abweichendes Verhalten auch dann kriminalisiert wurde, wenn es nicht explizit politisch war. Die DDR-Staatssicherheit registrierte direkt nach dem Mauerbau die Gründung von 23 „feindlichen Gruppen von Jugendlichen“²⁴. Viele dieser „Jugendbanden“ wurden strafrechtlich verfolgt, wie die im Bericht genannte Jugendgruppe, die sich in einem „Ted Herold Club“²⁵ zusammengefunden hatte. Zu dieser Gruppe gehörte auch Michael Gartenschläger, der später durch das Abmontieren von Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze bekannt werden sollte²⁶. Das vehemente Aufbegehren von Jugendlichen nach der Grenzsperrung wurde von der Staatssicherheit mit Sorge beobachtet. Die Konsequenz daraus war, dass das MfS sich in der Folgezeit sehr viel intensiver als zuvor speziell mit „jugendlichen Personenkreisen“ befasste²⁷. Jede neue Jugendkultur, Musikrichtung oder Mode – zumeist

²¹ Vgl. Krätzner, Situation der Universitäten, in: Schröder/Staadt (Hrsg.), Unter Hammer und Zirkel, S. 203.

²² Vgl. ebenda, S. 198, Tab. 3, u. S. 199, Tab 4.

²³ Vgl. Roger Engelmann, Geheimpolizeiliche Lehren aus der Krise? Die Staatssicherheit 1953 und 1961, in: Torsten Diedrich/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), Staatsgründung auf Raten? Zu den Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR, Berlin 2005, S. 139–151, hier S. 147.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Benannt nach dem westdeutschen Rock-and-Roll-Sänger Ted Herold, der mit seinen deutschen Coverversionen von Elvis-Presley-Titeln in der Zeit sehr populär war.

²⁶ Michael Gartenschläger wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt. 1971 wurde er von der Bundesrepublik freigekauft. In der Nacht vom 1. auf den 2.5.1976 wurde er beim Versuch der Demontage einer Selbstschussanlage an der Grenze zur DDR erschossen. Zu den Vorgängen vgl. Freya Klier, Michael Gartenschläger: Kampf gegen Mauer und Stacheldraht, Berlin 2009, S. 20–49.

²⁷ Engelmann, Lehren, in: Diedrich/Kowalczyk (Hrsg.), Staatsgründung auf Raten, S. 147.

angelehnt an die Strömungen aus dem Westen – wurde als Gefahr für den Sozialismus eingestuft, weil sie das jugendkulturelle Monopol der FDJ in Frage stellte und angeblich „feindlich-negative“ Einflüsse transportierte²⁸.

Besonderer Beobachtung erfreuten sich nach der Grenzschließung in Berlin auch die beiden großen christlichen Kirchen. Diese reagierten – wie das MfS in dem Bericht zutreffend feststellt – sehr unterschiedlich. Die katholische Kirche in Ostberlin unter dem am 16. August 1961 als Bischof von Berlin eingesetzten Weihbischof Alfred Bengsch ließ keinen kirchlichen Protest gegen die Abspernung der Grenze zu²⁹, weil sie den Zugang von Bengsch nach Westberlin und die Einheit des Bistums nicht gefährden wollte. Diese Haltung implizierte auch eine Beschränkung der katholischen Kirche auf rein seelsorgerische Aufgaben und lief damit auf ein Arrangieren mit den DDR-Machthabern hinaus.

Anders waren die Reaktionen der evangelischen Kirche, obwohl auch sie vor dem Problem stand, dass mit der Grenzsperrung die Aufrechterhaltung der gesamtdeutschen und gesamtberliner Strukturen erschwert wurde. Dennoch schickte die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD), unterschrieben vom Ratsvorsitzenden, Präses Kurt Scharf, am 16. August 1961 ein Protesttelegramm an Walter Ulbricht und den Ostberliner Bürgermeister Friedrich Ebert³⁰. Auch gaben zahlreiche Pfarrer ihrem Protest durch Kanzelerklärungen Ausdruck. Das SED-Regime reagierte auf diesen Kurs mit der Aussperrung von Präses Scharf und stellte evangelische Geistliche und Gläubige unter verstärkte Beobachtung der Staatssicherheit.

Schlussbemerkungen

Nach dem 13. August 1961 setzte die SED auf massive Repression gegen die eigene Bevölkerung. Die Monate danach können als eine der schärfsten repressiven Phasen in der Geschichte der DDR gelten. Das hatte unterschiedliche Gründe: Die Probleme und die daraus resultierende Unzufriedenheit der Bevölkerung, die die Fluchtbewegung in Gang gehalten hatten, waren nicht beseitigt. Im Gegenteil, die Grenzsperrung erzeugte weitere Probleme, weil sich viele DDR-Bürger mit dem Eingesperrtsein nicht abfinden konnten und wollten. Gleichzeitig zeigte sich bei Machthabern und Regimeanhängern ein unverhohlenes Triumphgefühl. Sie glaubten nunmehr, ihre Gesellschaftsutopie ungestört und ohne die Rücksichten der Vergangenheit realisieren zu können, als für DDR-Bürger noch die Möglichkeit der Flucht bestand. In dieser Situation kam dem MfS zwangsläufig eine zentrale Rolle zu. Nicht nur Fluchtversuche, auch Proteste und politisch abweichende Meinungsäußerungen wurden mit erheblichen Strafen belegt. Nur

²⁸ Vgl. dazu ausführlich Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Bonn 2009, S. 153 ff.

²⁹ Vgl. dazu ausführlich Bernd Schäfer, Staat und katholische Kirche in der DDR, Köln u. a. 1999, S. 164 ff.

³⁰ Vgl. dazu Gerhard Besier, Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993, S. 421 ff.

drei Tage nach der Grenzabriegelung waren bereits 1.100 Personen festgenommen³¹. Bis zum 4. September 1961 wurden 6.041 Personen verhaftet, von denen 3.108 inhaftiert blieben³². Vom 13. August bis zum 31. Dezember 1961 kamen allein 2.141 Personen wegen „Staatsverleumdung“ und „staatsgefährdender Propaganda und Hetze“ in Haft³³. Dass diese Strategie auf die Dauer keine Lösung sein konnte, um die DDR zu befrieden und das SED-Regime zu stabilisieren, musste sogar Staatssicherheitschef Mielke einräumen, als er in einer Leitungssitzung des MfS im Dezember 1961 zugestand: „Es ist nicht möglich, die gegenwärtig hohe Zahl der Festnahmen noch weiter beizubehalten.“³⁴

Wie der vorliegende Bericht verdeutlicht, ging es aber nicht allein um offene Repression durch politisches Strafrecht, sondern auch um die Durchsetzung von politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Zielen, die bis dahin nicht oder nur unvollständig erreicht worden waren. Hervorzuheben sind dabei die vollständige Implementierung der landwirtschaftlichen Kollektivierung oder die Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität durch Erhöhung der Normen und Disziplinierung der Arbeiterschaft. So deutet sich in diesem Bericht an, was in den Jahren nach dem Mauerbau zur vollen Entfaltung kommen sollte. Über seine geheimpolizeilichen Kernaufgaben hinaus eignete sich das MfS immer mehr Zuständigkeiten im Bereich der allgemeinen Herrschaftssicherung an. Die Abschottung der DDR durch den Mauerbau führte somit nicht – wie man hätte vermuten können – zu einer Entlastung der Staatssicherheit. Im Gegenteil, ihre große Expansionsphase sollte erst noch kommen.

³¹ Vgl. Bernd Eisenfeld/Roger Engelmann, 13. 8. 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Macht-sicherung, Berlin 2001, S. 75.

³² Vgl. Patrick Major, „Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein.“ Die Stimmung der DDR-Bevölkerung zum Bau der Mauer am 13. August 1961 im Spiegel der Parteiberichte der SED, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1995), S. 208–223, hier S. 212.

³³ Engelmann, Lehren, in: Diedrich/Kowalczyk (Hrsg.), Staatsgründung auf Raten, S. 146.

³⁴ Protokoll der Kollegiumssitzung am 13. und 20. 12. 1961, in: BStU, MfS, SdM 1558, Bl. 2–48, hier Bl. 36.

Dokument³⁵

Quelle: BStU, MfS, ZAIG 31066, Bl. 399–433

Mitte Oktober 1961

Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle

10. Oktober 1961**Gesamt-Bericht über die im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen aufgetretenen politisch-operativen Schwerpunkte in der DDR**³⁶.

In allen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik gab es seit dem 13.8.1961 ein erhebliches Ansteigen der staatsfeindlichen Tätigkeit.

Den Schwerpunkt bildeten dabei staatsgefährdende Propaganda und Hetze sowie Staatsverleumdungen.

Die in dieser Hinsicht seit Einleitung der Schutzmaßnahmen aufgetretenen Vorkommnisse bestanden im Wesentlichen in mündlicher Hetze, der Verbreitung selbstgefertigter Schriften, dem Schmieren von Hetzlosungen und faschistischen Emblemen, der Verbreitung von Gerüchten, dem Versand von Hetz- und Drohbriefen, der Durchführung von anonymen Telefonanrufen mit Drohungen, der Durchführung von Terrorhandlungen bzw. der Androhung von Tätlichkeiten und im Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Diese verschiedenartigsten Begehungsformen staatsfeindlicher Tätigkeit richteten sich hauptsächlich gegen die Politik von Partei und Regierung und gegen die Partei – sowie Staatsführung, insbesondere gegen den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR.

Als Täter derartiger Handlungen traten vorwiegend Einzelpersonen in Erscheinung.

Anteilmäßig befanden sich darunter mehr als bisher Rückkehrer, Erstzuziehende, ehemalige Umsiedler, Parteiausgeschlossene, faschistische sowie kriminell vorbestrafte Elemente.

Ein großer Teil der Täter setzte sich aus Personen im Alter bis 25 Jahre zusammen. Besonders zu beachten ist, dass in fast allen Bezirken staatsfeindliche Gruppierungen festgestellt und liquidiert werden konnten.

So wurde im Kreis Strausberg, Bezirk Frankfurt/Oder eine staatsfeindliche Gruppe von 5 Jugendlichen festgenommen, welche die Bezeichnung „Ted Herold Club“ trug³⁷.

³⁵ Offensichtliche Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert und das Dokument der neuen Rechtschreibung angepasst.

³⁶ Der Titel steht auf einem Vorblatt, das zusätzlich ein Inhaltsverzeichnis des Berichtes enthält. Auf der ersten Seite wird der Titel wiederholt, allerdings heißt es dort nur „Bericht“ anstatt „Gesamt-Bericht“.

³⁷ Die Jugendlichen waren am 15.9.1961 zu hohen Haftstrafen verurteilt worden: Michael Gartenschläger und Gerd Resag zu lebenslänglich, Karl-Heinz Lehmann zu 15 Jahren, Gerd-Pe-

Am 15. und 18.8.1961 brachten die Gruppenangehörigen im Stadtgebiet von Strausberg mehrere Hetzlosungen an, die sich gegen die Schutzmaßnahmen und die Partei richteten und die Forderung nach „freien Wahlen“ zum Inhalt hatten. Außerdem wurde am 16.8.1961 eine mit Erntegut gefüllte Scheune der LPG³⁸ in Brand gesetzt.

Die Gruppe plante Sprengstoffanschläge durchzuführen, sich durch Überfälle auf sowjetische Streifenposten Waffen zu beschaffen und unter Anwendung von Gewalt die Staatsgrenze West zu durchbrechen.

Im Kreis Halberstadt, Bezirk Magdeburg, wurde am 8.9.1961 eine Gruppe von 10 Personen, darunter 9 Jugendliche, inhaftiert, die versucht hatten, mit Hilfe eines gestohlenen LKW die Grenze am Kontrollpunkt Marienborn gewaltsam zu durchbrechen³⁹. Dabei verursachten sie einen Verkehrsunfall, bei dem ein Kaufmann aus Lübeck, der die Leipziger Messe besucht hatte, tödlich verletzt wurde.

Bei den Beschuldigten handelt es sich um Personen, die bereits in letzter Zeit Diebstähle sowie staatsgefährdende Gewaltakte begangen und Hetze betrieben haben. Wie die bisherige Untersuchung weiterhin ergab, plante die Gruppe, sich durch Überfälle auf VP⁴⁰-Streifen Waffen zu beschaffen und mit Unkraut-Ex Sprengkörper herzustellen, die sie bei Widerstand während ihres beabsichtigten Grenzdurchbruches zur Anwendung bringen wollten.

Von der Verwirklichung dieser Absichten wurden jedoch bei der Durchführung des Fluchtversuches mittels eines LKW Abstand genommen, da sie eine Dekonspiration ihres verbrecherischen Vorhabens befürchteten.

Seit Einleitung der Schutzmaßnahmen gab es auch Erscheinungen des Sozialdemokratismus und Revisionismus⁴¹, die konzentriert im Bezirk Dresden zu verzeichnen waren und auftraten besonders im Stadtgebiet von Dresden (insbesondere Technische Universität und Entwicklungswerk des VEB⁴² Vakutronik) sowie in den Kreisen Freital, Löbau und Bautzen.

So unterhielt einer der Inhaftierten aus Dresden, der vor 1933 und nach 1945 der SPD angehörte und 1951 aus der SED ausgeschlossen worden war, Verbindung zum „Ostbüro der SPD“⁴³. Er schleuste Hetzschriften des „Ostbüros der SPD“ in die DDR ein und verbreitete sie. Bei der Wohnungsdurchsuchung wurden u. a.

ter Riediger zu 12 Jahren und Jürgen Höpfner zu sechs Jahren Zuchthaus. Zu Gartenschläger siehe Anm. 26.

³⁸ Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft.

³⁹ Vgl. zu dem Vorfall ausführlicher: Information 546/61 vom 7.9.1961, abgedruckt auf CD, in: Münkler, Die DDR im Blick der Stasi 1961.

⁴⁰ Volkspolizei.

⁴¹ Vgl. dazu ausführlich Guntolf Herzberg, Anpassung und Aufbegehren. Die Intelligenz der DDR in den Krisenjahren 1956/58, Berlin 2006.

⁴² Volkseigener Betrieb.

⁴³ Zum Ostbüro der SPD vgl. Wolfgang Buschfort, Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000.

die Hetzschriften „Die Revolution entlässt ihre Kinder“⁴⁴ und „Die neue Klasse“⁴⁵ sowie selbstgefertigte Hetzflugblätter sichergestellt, dessen Verbreitung durch seine Inhaftierung verhindert werden konnte.

In Dresden wurde außerdem eine Person festgenommen, bei der es sich um einen langjährigen Sozialdemokraten handelt. Er verherrlichte die kapitalistischen Verhältnisse in Westdeutschland und die Politik der rechten SPD-Führung.

An der Technischen Universität und im Entwicklungswerk des VEB Vakutronik wurden Gruppierungen mit sozialdemokratischen und revisionistischen Charakter zerschlagen.

Als Schwerpunkte in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen traten auf:

Industrie:

Obwohl die Schutzmaßnahmen der Partei und Regierung von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter und Angestellten in den Großbetrieben begrüßt wurde, was in Produktionsverpflichtungen⁴⁶, Auseinandersetzungen mit Provokateuren u. a. zum Ausdruck kommt, zeigt sich allgemein eine Verstärkung der Feindtätigkeit.

Hierbei tritt als charakteristisch in Erscheinung, dass ein großer Teil der negativ und feindlich eingestellten Personenkreise in den Großbetrieben, die den Sicherheitsorganen bekannt sind, nicht in Erscheinung traten, sich ruhig verhielten, zum Teil sogar positiv diskutierten. Von diesen Elementen, so muss eingeschätzt werden, wurde die Situation, dass mit Provokateuren hart verfahren wird, schnell erfasst, wobei sie nach wie vor als Träger der ideologischen Diversion⁴⁷ angesehen werden müssen.

Trotz dieser Tatsache widerspiegelt sich in den durch die Sicherheitsorgane getätigten Festnahmen die Basis des Gegners durch verstärkten Anfall ehemaliger Faschisten, Offiziere, Rückkehrer, ehemaligen Mitgliedern unserer Partei u. a. auf Grund ihrer Vergangenheit belasteten Personenkreise.

⁴⁴ Vgl. Wolfgang Leonhard, Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 2005. Das Buch ist erstmals 1954 erschienen.

⁴⁵ Vgl. Milovan Djilas, Die neue Klasse: eine Analyse des kommunistischen Systems, Berlin 1958.

⁴⁶ Dabei handelt es sich um eine im September 1961 eingeführte Kampagne, bei der sich Belegschaften „freiwillig“ verpflichten sollten, für den gleichen Lohn, in der gleichen Zeit mehr zu produzieren. Vgl. SBZ von A bis Z, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1962, Stichwort Produktionsaufgebot.

⁴⁷ Das Konzept der „politisch-ideologischen Diversion“ war seit dem Amtsantritt Mielkes als Minister für Staatssicherheit im Jahr 1957 leitend für die Arbeit des MfS. Der Begriff beschreibt sowohl die ideologischen Einflüsse aus dem Westen, besonders der Bundesrepublik, als auch politisch-ideologisch abweichendes Denken und Handeln in der DDR, welches jedoch zu meist auf äußere Einflüsse zurückgeführt wird. Vgl. Roger Engelmann/Bernd Florath/Helge Heidemeyer/Daniela Münkel/Arno Polzin/Walter Süß (Hrsg.), Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin 2011, Stichwort Diversion, politisch-ideologische (PID, PiD).

Als Schwerpunkt der Feindseligkeit in den Großbetrieben trat in jedem Falle die Auswirkung der ideologischen Diversion des Gegners in Form von negativen und feindlichen Diskussionen, Verbreitung von Argumenten des „Ostbüros der SPD“ und im Schmieren von Hetzlosungen in Erscheinung.

Dieses zeigt sich z. B. im Bezirk Halle – besonders in den Großbetrieben der chemischen Industrie, Buna, Leuna, EKB⁴⁸, Filmfabrik Wolfen, Farbenfabrik Wolfen, Gummiwerk Elbe, Stickstoffwerk Piesteritz und anderen Industriebetrieben, wie Kraftwerk Elbe, VEB Sodawerk und Kaliwerk im Kreis Bernburg.

In der Farbenfabrik Wolfen konnten zwei und im EKB eine Untergrundgruppe liquidiert werden, die konterrevolutionäre Aktionen gegen die DDR vorbereiteten. Im Bezirk Leipzig gibt es die gleiche Situation, wobei besonders die Industriebetriebe im Stadt- und Landkreis Leipzig, die VTA,⁴⁹ LES,⁵⁰ BBG,⁵¹ DKF⁵² sowie ECW⁵³ Eilenburg, Wagenfabrik Oschatz, Metallgußwerk Böhlitz und BKW⁵⁴ Groß Zossen, Kreis Borna, in Erscheinung treten.

Neben den Schwerpunkten des Einflusses der ideologischen Diversion des Gegners, zeigt sich in den Großbetrieben zum Teil noch eine ungenügende Planerfüllung, was auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist.

Der VEB Zeiß Jena hat Planschulden in Höhe von 9 Mill. DM, davon 4,5 Mill. DM Exportschulden.

Die Ursachen liegen in ungenügender politisch-ideologischer Arbeit und im Einfluss der politisch-ideologischen Diversion des Gegners begründet.

Es wird eingeschätzt, dass cirka 80 % der 13.000 Beschäftigten die Argumente des Westfernsehen und des Rundfunks verbreiten.

Im Konkurrenzbetrieb von Zeiß in Oberkochen sind ca. 2.000 Personen beschäftigt, die nach 1945 republikflüchtig wurden. Durch postalische Verbindung erfolgt eine starke negative Beeinflussung.

Es gibt keine Steigerung der Arbeitsproduktivität obwohl Reserven vorhanden sind. Bummelantentum und Arbeitsausschuss sind ständig im Steigen begriffen. Inwieweit die politisch-ideologische Diversion sich auf die Planerfüllung auswirkt, zeigt sich in Beispielen der Zurückhaltung in der Arbeitsleistung, ungenügender Aufdeckung der Reserven, Festhalten an unrealen Normen und anderem. Neben der ungenügenden Leitungstätigkeit der Werkleitung zeigt sich teilweise ein Zurückweichen der Parteileitung vor Auseinandersetzungen mit feindlichen Argumenten.

Mit der Durchführung der Schutzmaßnahmen verstärkte sich die Feindseligkeit in Form von staatsgefährdender Propaganda und Hetze, Schmierereien und „Streikandrohung“ (Abteilung Schneidwerkzeugbau).

⁴⁸ Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld.

⁴⁹ Verlade- und Transportanlagenbau.

⁵⁰ Leipziger Eisen- und Stahlwerke.

⁵¹ Bodenbearbeitungsgeräte.

⁵² Deutsche Kugellagerfabrik.

⁵³ Eilenburger Celluloid Werk.

⁵⁴ Braunkohlenwerk.

Zu beachten ist, dass der Betrieb Ausgangspunkt von Provokationen am 17. 6. 1953 war⁵⁵.

Neben den Schlussfolgerungen, die sich aus negativen Diskussionen, hoher Normerfüllung und anderem ergeben, gibt es nur vereinzelt Beispiele, die den Beweis erbringen, dass die ungenügende Erfüllung der ökonomischen Aufgaben auf die ideologische Diversion des Gegners zurückzuführen ist.

Durch operativen Einsatz von Mitarbeitern im VEB „Ernst Grube“ in Werdau (Bezirk Karl-Marx-Stadt) konnte zum Beispiel festgestellt werden, dass bewusst die Reserven nicht genutzt werden, um die unrealen Normen nicht zu verändern. Unter den Argumenten der Normveränderung wurde eine „Arbeitslangsam-Bewegung“ organisiert, die den überwiegenden Teil der Belegschaft, die mittleren leitenden Kader und selbst Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre erfasste.

Hierbei muss berücksichtigt werden, dass der Kreis Werdau besonders Crimmitschau als SPD-Schwerpunkt mit opportunistischen und revisionistischen Gruppierungen bekannt ist, was sich im VEB „Ernst – Grube“ widerspiegelt.

Als Ursachen der Planrückstände wurden meist ungenügende Leitungstätigkeit von Seiten der Wirtschaftsfunktionäre, Materialschwierigkeiten und Schwierigkeiten in der ungenügenden termingerechten Lieferung der Kooperationsbetriebe erarbeitet.

Tatsache ist, dass von Seiten der VVB⁵⁶ in Bezug der Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion⁵⁷, Spezialisierung der Produktion und auch hinsichtlich der Störfreimachung⁵⁸ noch eine unzureichende Arbeit geleistet wird, was sich zwangsläufig auf die termingerechte Lieferung der Kooperationsbetriebe auswirkt.

Obwohl z. B. die Funktionen des Hauptdirektors, des technischen Direktors und Haupttechnologien der VVB Werkzeugmaschinen seit dem 1. 9. 1961 neu besetzt wurden, muss auf die bisherige Arbeitsweise der VVB verwiesen werden.

Es gab kein Leitungskollektiv, wie es zur Lösung der von Partei und Regierung gestellten Aufgaben erforderlich ist. Es gab keine wissenschaftliche Arbeit, was sich darin zeigt, dass Aufgaben an die einzelnen Abteilungen gegeben wurden, ohne vorher über die Technologie und Vordringlichkeit der einzelnen Aufgaben eine Entscheidung herbeigeführt zu haben.

Viele Entscheidungen wurden nach ungenügender Überlegung gefällt, wo wissenschaftliche Untersuchungen notwendig gewesen wären.

⁵⁵ Zu den Ereignissen am 17. Juni 1953 bei Carl-Zeiß-Jena vgl. u. a. Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 132 ff.

⁵⁶ Vereinigung Volkseigener Betriebe.

⁵⁷ Vgl. Hans Arnold/Alfred Lange, Die sozialistische Rekonstruktion in der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959.

⁵⁸ Seit der Jahreswende 1960/61 verfolgte die DDR-Regierung das Ziel der „Störfreimachung“ der Wirtschaft, d.h. Importe aus den NATO-Ländern insbesondere aus der Bundesrepublik sollten verringert bzw. vermieden werden und durch eigene Produktion oder Importe aus den RGW-Staaten ersetzt werden. Vgl. Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, S. 45 f.

Die Arbeit wurde ungenügend auf Schwerpunkte konzentriert und trug den Charakter der Routine.

Es gab eine ungenügende Zusammenarbeit mit dem Institut für Werkzeugmaschinen. Das Institut orientierte sich auf Fragen der konstruktiven Entwicklung und verkörperte nicht das Instrument zur Lösung der Grundsatzfragen der Technologie und Betriebsorganisation.

Ähnliche Erscheinungen sind in der VVB Automobilbau und anderen zu verzeichnen.

Aus vorgenannten Beispielen ist zu ersehen, dass die vorhandenen objektiven Schwierigkeiten durch subjektive verstärkt werden, wobei die VVB einen Schwerpunkt darstellen.

Es gibt eine Reihe von Beispielen, die zeigen, dass der Betrieb als solcher auf Grund der Vielzahl von Kooperationsbetrieben wenig Einfluss auf eine termingerechte Planerfüllung hat und die VVB diesbezüglich noch eine ungenügende planmäßige und wissenschaftliche Arbeit leisten.

Im VEB Werkstoffprüfmaschinen Leipzig wurde der Plan per 31.8.1961 mit 54,4 % erfüllt. Neben der Unterschätzung der Entwicklung einer breiten Mitarbeit der Werk tätigen ist zu verzeichnen, dass für 2,8 Millionen halbfertige Produktion im Betrieb lagert, da die Feinmessmanometer aus Westdeutschland nicht geliefert werden. Wurden bis 1960 in Magdeburg produziert und nach Baiersfeld verlagert, wo die Produktion noch nicht angelaufen ist. Zur Überbrückung wurden diese in Westdeutschland bestellt.

Der VEB Montan Leipzig hat eine Planerfüllung per 31.8.1961 mit 45,9 %. Die Ursachen liegen neben mehrmaliger kurzfristiger Produktionsumstellung darin begründet, dass 90 % der mechanischen Arbeiten in ca. 300 Betrieben kooperiert werden müssen.

In der VVB Schiffbau beträgt die Planerfüllung 59,9 %.

Die wesentlichen Ursachen für die Nichterfüllung der Pläne sind:

- Rückstand in der Zulieferindustrie hat sich trotz eingeleiteter Maßnahmen erhöht
- In der Peenewerft Wolgast (Bezirk Rostock) gibt es große Rückstände in der Lieferung von Kränen. Schiffskörper liegen am Ausrüstungskai und können nicht fertig gebaut werden.

Der VEB Kranbau Eberswalde (Bezirk Frankfurt) ist aber mit 10,6 Mill. DM im Bezirk Frankfurt der größte Planschuldner. Die Ursachen liegen neben Schwächen in der Leitungstätigkeit, insbesondere Arbeitsorganisation, in ständigen Planänderungen durch die VVB, Schwierigkeiten in der Materialversorgung und im Missverhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn, begründet.

es wurden Objekte, die konstruktiv und technologisch ungenügend vorbereitet wurden, produziert.

In der Volkswerft Stralsund gibt es z. B. große Schwierigkeiten im Bau der Schiffstypen „Tropic“ (Neukonstruktion) wo die Fischverarbeitungsmaschinen von Westdeutschland bezogen wurden.

Im Bezirk Magdeburg sind auf dem industriellen Sektor im Bezirksmaßstab Rückstände in der Exportplanerfüllung von ca. 25 Mill. DM zu verzeichnen.

Die Exportrückstände konzentrieren sich besonders auf das Ernst-Thälmann-Werk, Karl-Liebknecht-Werk und Fahlberg-List Magdeburg.

Ursachen sind schlechte Arbeitsorganisation, ungenügende bedarfsgerechte Materiallieferung, fehlende Belieferung von elektrischen Ausrüstungen und Normteilen der Zulieferbetriebe zur Komplettierung bereits fertig gestellter Maschinen und Aggregate.

Weiterhin zeigt sich eine schlechte Arbeitsmoral und ungenügende Qualität der Erzeugnisse der Kooperationsbetriebe.

In den Betrieben des Bezirkes Dresden, – VEB Kamera und Kinowerke, Transformatoren- und Röntgenwerk, Schreibmaschinenwerk und Planeta – ist zu verzeichnen, dass der Entwicklung von Spitzenerzeugnissen entsprechend der Forderung von Partei und Regierung nur ungenügend Rechnung getragen wird.

In den VVB Braunkohle Halle – besonders BKW „Einheit“ – Leipzig, Cottbus sind Rückstände im Abraum, in der Kohleförderung und zum Teil in der Briketterzeugung zu verzeichnen.

Schwierigkeiten gibt es in Entwässerungsarbeiten und in der Gleisunterhaltung. Die Ursachen liegen im Wesentlichen in ungenügender Leitungstätigkeit der VVB, mangelhafter Betriebsorganisation, Fehlen moderner Maschinen und Geräte, die den unterschiedlichen geologischen und hydrologischen Bedingungen entsprechend, begründet.

In Bezug der Störanfälligkeit zeigt sich allgemein, dass in den VEB kein Überblick darüber besteht, inwieweit die Kooperations- und Zulieferbetriebe störfrei sind, was für die Produktion von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Die halbstaatlichen- und Privatbetriebe zeigten sich nach den Maßnahmen der Partei und Regierung am 13.8.1961 als Schwerpunkt in Bezug der Einflüsse der ideologischen Diversion des Gegners.

Wie festgestellt werden konnte, hatten Provokateure, die von den Sicherheitsorganen festgenommen wurden, einen nicht zu unterschätzenden Einfluss unter der Belegschaft solcher Betriebe.

Dieses ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass der Einfluss der Partei, der Massenorganisationen, des Staatsapparates und der Sicherheitsorgane sehr gering ist und die politisch-ideologische Arbeit stark vernachlässigt wurde.

Es gibt einige Beispiele, wo fortschrittliche Kräfte sowie Mitglieder unserer Partei aus den Gewerkschaftsleitungen heraus gewählt wurden.

Weiterhin zeigten sich in diesen Betrieben Konzentrationen von ehemaligen Faschisten, Offizieren, Rückkehrern, aus der SED ausgeschlossene Mitglieder und andere auf Grund ihrer Vergangenheit belasteten Personenkreisen.

Stark vertreten sind auch solche Elemente, mit welchen in der volkseigenen Industrie Auseinandersetzungen geführt werden mussten, in dessen Ergebnis eine Abwanderung erfolgte.

Dass die halbstaatlichen- und Privatbetriebe in politischer Hinsicht nicht unterschätzt werden dürfen (ökonomisch bestehen keine wesentlichen Schwierigkeiten) zeigt die Tatsache, dass es allein im Bezirk Dresden nach dem Stand vom 30.6.1961 1.068 halbstaatliche Betriebe mit 57.160 Beschäftigten gibt.

Schwerpunkt bilden hierbei Dresden-Stadt und Land und Bischofswerda.

Die fast gleiche Situation ist auch in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Erfurt festzustellen.

Landwirtschaft

In der weiteren sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft wurden in letzter Zeit wesentliche Fortschritte erzielt. Hemmend auf die weitere Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande wirkt sich jedoch der noch in starkem Maße vorhandene Einfluss der politisch-ideologischen Diversion durch westliche Rundfunk- und Fernsehstationen und negative Personenkreise, die Träger feindlicher Ansichten sind, aus.

Die feindliche Propaganda der vorgenannten Publikationsorgane hatte besonders unter der Landbevölkerung eine Basis gefunden. Das zeigte sich in den von diesen Kreisen in großem Umfange durchgeführten „Angsteinkäufen“ und Bargeldeinzahlungen auf Sparkonten im Zusammenhang mit dem Gerücht über einen bevorstehenden Geldumtausch in der DDR⁵⁹.

Seit Einleitung der Schutzmaßnahmen ist auf dem Lande ein Ansteigen der Feindtätigkeit, hauptsächlich der staatsgefährdenden Propaganda und Hetze in den verschiedenartigsten Begehungsformen zu verzeichnen.

Als Täter sind in mehreren Bezirken, besonders in Potsdam, Frankfurt/Oder, und Neubrandenburg, großbäuerliche und faschistische Elemente in Erscheinung getreten.

Im Bezirk Schwerin, Kreis Sternberg, wurde eine Gruppe von 7 Personen, vorwiegend Genossenschaftsbauern des Typs III⁶⁰, ermittelt und liquidiert, die gegen die eingeleiteten Schutzmaßnahmen, die sozialistische Umgestaltung, die Oder-Neiße-Friedensgrenze und gegen Staats- und Parteifunktionäre hetzten. Mehrere Angehörige dieser Gruppe gehörten der faschistischen Partei an bzw. sind ihrer sozialen Herkunft nach Großbauern.

Die Auswirkungen der politisch-ideologischen Diversion sind in allen Bezirken, territorial jedoch in unterschiedlichem Maße, vorhanden und fanden ihren Niederschlag in Zersetzungserscheinungen in landwirtschaftlichen Betrieben des sozialistischen Sektors, insbesondere den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Derartige Erscheinungen zeigten sich konkret in

- der Nichtzurücknahme abgegebener Austrittserklärungen aus LPGn, insbesondere im Bezirk Dresden, der in dieser Hinsicht einen Schwerpunkt bildet (von den in letzter Zeit abgegebenen über 900 Austrittserklärungen wurde ein großer Teil bereits zurückgenommen)
- der Ablehnung des Eintrittes in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch eine noch relativ hohe Anzahl von Einzelbauern in allen Bezirken.

⁵⁹ Es kursierten in der DDR Gerüchte, dass am 20. 8. 1961 ein Geldumtausch geplant sei.

⁶⁰ Der LPG Typ III war vollgenossenschaftlich, d. h. Ackerland, Maschinen, Zugtiere, das gesamte Nutzvieh, Wiesen, Weiden und Waldflächen und sonstige Güter wurden eingebracht.

- den Schwierigkeiten bei der Organisierung der genossenschaftlichen Arbeit, vor allem in Form von Missständen, Schlamperei und Disziplinlosigkeit.
- der mangelhaften Leitungstätigkeit und den in diesem Zusammenhang aufgetretenen Verletzungen der innergenossenschaftlichen Demokratie.
- der Nichterfüllung des Staatsplanes in der pflanzlichen und tierischen Produktion.

Im Zusammenhang mit der Staatsplanerfüllung von Getreide und Kartoffeln muss gleichzeitig bemerkt werden, dass in diesem Jahr aufgrund schlechter Witterungsverhältnisse die Anbaupläne nicht immer eingehalten werden konnten und die Ernteerträge gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sind, so dass Schwierigkeiten in der Versorgung der Viehbestände mit Kraftfutter und Kartoffeln speziell in der Schweinemast vorhanden sind bzw. eintreten werden.

Es gibt aber darüber hinaus auch solche Bestrebungen, den Staatsplan unter dem Vorwand der Schaffung einer notwendigen Futtergrundlage für das Vieh nicht zu erfüllen und pflanzliche Produkte für spekulative Zwecke zurückzuhalten.

Die ungenügende Erfüllung staatlicher Verpflichtungen in der tierischen Produktion (Schlachtvieh und Milch) ist zum Teil auf die unnatürlich hohen Viehverluste, vor allem in LPGn, Typ III und VEG⁶¹, zurückzuführen, die besonders in den Bezirken Erfurt, Neubrandenburg, Cottbus, Frankfurt/Oder, Rostock, Potsdam und Schwerin auftreten. Ursache hierfür ist die ungenügende politische und fachliche Qualifikation der Tierpfleger und Melker (es gibt starke Konzentrationen von Rückkehrern, Arbeitsbummelanten und anderen negativen Elementen), die durch unsachgemäße Fütterung, Pflege und Behandlung der Tiere fahrlässig und teilweise auch vorsätzlich Viehverwendungen verursachen. In diesem Zusammenhang muss gleichzeitig auf die Rückstände im Ländlichen Bauwesen verwiesen werden.

Begünstigend wirkt sich auf derartige Erscheinungen in der Landwirtschaft nicht zuletzt die Tatsache aus, dass eine unzureichende politisch-ideologische Arbeit unter der Landbevölkerung geleistet wird und die staatliche Führungstätigkeit von Seiten der dafür zuständigen Organe im Allgemeinen nicht den Anforderungen entspricht.

Weiterhin ist in der Landwirtschaft seit Einleitung der Schutzmaßnahmen ein Ansteigen des in Brand setzen von Scheunen sowie anderen Objekten festzustellen, denen zum überwiegenden Teil vorsätzliche Handlungen zugrunde liegen.

Bauwesen

Als Schwerpunkt in politisch-ideologischer und ökonomischer Hinsicht muss das Bauwesen insgesamt eingeschätzt werden.

Annähernd 50 % aller Arbeitsniederlegungen in der DDR konzentrieren sich auf das Bauwesen, wobei der Bezirk Halle einen Schwerpunkt bildet.

Auf den Großbaustellen – besonders aber in den Wohnlagern der Großbaustellen – sind verstärkt negative und feindliche Diskussionen, Hetze gegen Partei und Regierung und das Schmieren von Hetzlosungen zu verzeichnen.

⁶¹ Volkseigenes Gut.

Wie in den halbstaatlichen und Privatbetrieben konzentrieren sich in den Objekten des Bauwesens viele negative Elemente, wobei die ungenügend politisch-ideologische Arbeit zum Teil durch eine Vielzahl von Montagebetrieben – sogenannten Fremdfirmen – erschwert wird.

So gab es z. B. auf den Baustellen der Großbetriebe Buna und Leuna in drei Fällen Aufforderungen von Arbeitsniederlegung, wobei die Missstände im Bauwesen von negativen Elementen zum Anlass genommen wurden. Ausgangspunkt waren die Wohnlager der Baustellen.

In den Wohnlagern der Bauunion – insbesondere der VEB See- und Hafengebäude Rostock-Langenort, wo Konzentrationen negativer Elemente zu verzeichnen sind, verstärkte sich die Hetze und das Rowdytum. Eine Gruppe Jugendlicher von der sogenannten „Kunow-Parteibande“⁶², die unter anderem auch Hetzlosungen geschmiert hatte, wurde festgenommen.

Auf den Baustellen in Groß-Berlin gibt es Konzentrationen ehemaliger Grenzgänger⁶³ (insgesamt 2500 bis 3000 Personen). Neben dem schlechten politisch-ideologischen Zustand auf den Baustellen (Ausnutzung der Arbeitszeit und Aufdeckung der Reserven) sind die Ursachen der Planrückstände auf eine ungenügende Leistungstätigkeit angefangen bei den Bezirksbauämtern und übergeordneten Leitungen bis zu den Baustellen zurückzuführen. Allgemein ist eine ungenügende Auslastung der Großgeräte zu verzeichnen.

Stark ausgeprägt ist zum Teil das Missverhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn und eine geringe Bereitschaft zum Produktionsaufgebot.

Teilweise wird die Planerfüllung durch ungenügend termingerechte Lieferungen der Baustoffindustrie gehemmt.

Die Planerfüllung im Bezirksmaßstab Leipzig liegt zum Beispiel bei 45,4 %, davon im Wohnungsbau bei 50,6 %.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt beträgt der Rückstand im Bauwesen zurzeit 20,2 Mill. DM.

Im ländlichen Bauwesen sind in fast allen Bezirken Planrückstände, besonders in den Bezirken Schwerin und Neubrandenburg vorhanden, die vor allem auf eine ungenügende Vorbereitung des Bauplanes für das Jahr 1961 seitens der Bezirks- und Kreisbauämter, auf mehrfache Änderungen der Objektbeauftragungen für die Baubetriebe im Verlaufe des Planjahres und auf unzureichenden Transportraum zurückzuführen sind.

Im Zusammenhang mit den Lieferschwierigkeiten von Seiten der Baustoffindustrie muss gleichzeitig darauf verwiesen werden, dass die Zementproduktion in

⁶² Schreibfehler: Die Gruppe wurde als „Kuno-Parteibande“ betitelt. Im Bezirk Rostock hatte sich die Jugendgruppe „Kuno-Parteibande“ am 10. 8. 1961 gegründet. Ihr gehörten nur Jungen an und ihr äußeres Erkennungszeichen war laut MfS ein „Stoppelhaarschnitt“. Sie fielen durch Schlägereien auf und machten durch Parolen ihrem Unmut über den Mauerbau Luft. Während einer Wirtshauschlägerei, bei der auch negative Äußerungen über die DDR und den Mauerbau fielen, wurden die Jugendlichen von der Volkspolizei festgenommen und vom MfS in Untersuchungshaft genommen. BStU, BV Rostock, AU 137/61, GA Bd. 4.

⁶³ Zur Grenzgängerproblematik vgl. ausführlich Frank Roggenbuch, Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau, Berlin 2008.

mehreren Betrieben der DDR, aufgrund nicht vorhandenen Transportraumes eingeschränkt werden musste.

Innerhalb des Bauwesens gibt es ernsthafte Erscheinungen in den Projektierungsbüros (besonders in dem VEB Industrieprojektierung Berlin und Baugrunduntersuchung Berlin und in den Projektierungsbüros der Bezirke) in der Form, dass dort starke Konzentrationen von Angehörigen der Intelligenz existieren, die den Einflüssen der politisch-ideologischen Diversion erlegen sind und Hetze betreiben, bzw. eine schlechte Arbeitsmoral zeigen.

Verkehrswesen:

Im Verkehrswesen ist einzuschätzen, dass der überwiegende Teil der dort Beschäftigten eine positive Stellung zur Politik der Partei und Regierung bezieht.

Trotz dieser Tatsache, muss das Verkehrswesen, insbesondere die volkseigenen Betriebe des Kraftverkehrs und innerhalb der Deutschen Reichsbahn, die größeren Bahnhöfe, Bahnbetriebswerke und die Reichsbahnausbesserungswerke als Schwerpunkte eingeschätzt werden.

Neben der Auswirkung der politisch-ideologischen Diversion des Gegners in Form von negativen und feindlichen Diskussionen, Hetze und Schmierereien, traten nach dem 13.8.1961 Spionage, vor allem aber Handlungen der Diversion und Schädlingstätigkeit in Erscheinung.

Folgende Formen bzw. Methoden stehen dabei im Vordergrund:

- Legen von Hemmschuhen vor ausfahrende Züge
- Bereiten von Hindernissen auf Gleisanlagen
- Zerschneiden von Luftschläuchen an Wagen und Lokomotiven
- Beschädigung von Signal- und Fernmeldeanlagen
- Fremdkörper in Lokzylindern und Achsbuchsen

So hat sich z. B. im Reichsbahndirektionsbereich Erfurt das Schmieren von Hetzlosungen, Diversionshandlungen an Signal- und Sicherheitseinrichtungen sowie an Wagenentgleisungen verstärkt.

Auf dem Güterbahnhof Dresden-Friedrichstadt gab es organisierte Wagenaufläufe.

Das Bahnbetriebswerk Leipzig-West bildet neben Hetze und Schmierereien einen Schwerpunkt an versuchten Diversionshandlungen. So wurden unmittelbar nach den Schutzmaßnahmen der Partei und Regierung Fremdkörper in den Motoren von 2 E-Loks gefunden. An zwei Tankloks wurden Kuppelstangen locker geschraubt und bei 3 Diesellangiermaschinen wurde das Ölgetriebe mit Wasser durchsetzt.

In mehreren Kreisen des Bezirkes Erfurt traten, neben verstärkter Hetze, Diversionshandlungen im VEB Kraftverkehr auf.

Allgemein gibt es im VEB Kraftverkehr starke Konzentrationen von Rückkehrern und Erstzuziehenden.

Bedingt durch die Konzentration einer hohen Beschäftigungszahl im Gegensatz zu anderen Dienststellen der Deutschen Reichsbahn und den teilweise vorhandenen personellen Schwerpunkten zeigt sich in den Reichsbahnausbesserungswerken ein größerer Einfluss der politisch-ideologischen Diversion des Gegners.

Dies ist zum Teil mit darauf zurückzuführen, dass von Seiten der Partei- und Massenorganisationen noch eine ungenügende politisch-ideologische Arbeit geleistet wird.

So zeigt sich z. B. im RAW⁶⁴ Jena ein Zurückweichen vor Auseinandersetzungen mit feindlichen Argumenten, obwohl bekannt ist, dass dieser Betrieb, wie der VEB Zeiß Jena Ausgangspunkt der Provokationen am 17.6.1953 war. In RAW Schöneweide gibt es verstärkte Schmierereien von Hetzlosungen, Hetzschriftenverbreitung, Gerüchteverbreitung und Sabotage.

In einzelnen Abteilungen gibt es Konzentrationen von ehem. Grenzgängern.

Auch in ökonomischer Hinsicht bilden die Reichsbahnausbesserungswerke einen Schwerpunkt.

So war am 1.9.1961 eine Untererfüllung der Reparatur von 56 Lokomotiven zu verzeichnen, wobei die RAW Cottbus mit 26 und Meiningen mit 19 als Schwerpunkte in Erscheinung traten.

In der Reparatur von Güterwagen bestand am gleichen Stichtag eine Untererfüllung von rund 2000, davon circa 500 Kesselwagen.

Besondere Schwerpunkte sind hierbei die RAW's Eberswalde, Zwickau und Jena.

Bei Reisewagen wurde der Plan mit 600 Wagen untererfüllt. Hiervon entfallen auf das RAW Leipzig 320, und auf das RAW Potsdam 160 Wagen.

Die Ursachen für die Nichterfüllung liegen neben objektiven Ursachen im Fehlen einer genügenden Arbeitsorganisation und einer ungenügenden politischen Arbeit begründet.

Die Nichterfüllung der Produktionspläne seitens der RAW sowie die Wagenbeschädigungen durch die verladende Wirtschaft und das Unfallgeschehen auf dem Gebiet der Deutschen Reichsbahn sind mitbestimmend für die zeitweilig auftretenden Schwierigkeiten im Transportraum und Lokgestellung.

Die Hauptursache in den Schwierigkeiten zur reibungslosen Durchführung des Herbstspitzenverkehrs, zur restlosen Abdeckung der verstärkten Lieferungen aus der SU und den erhöhten Militärtransporten, mit Wagen und Lokomotiven ist die ungenügende Koordinierung der Transportaufgaben zwischen der Volkswirtschaft und der Deutschen Reichsbahn.

Dies zeigt sich in unrealer Transportplanung und Wagenanforderung (kurzfristige Abbestellung von Wagenraum durch Industriebetriebe).

Hohen Wagenstillstandszeiten infolge unkontinuierlicher Be- und Entladung.

Obwohl der Bedarf an Kesselwagen weit höher ist als der Bestand werden diese zum Teil von Chemiebetrieben aufgrund ungenügender Lagermöglichkeiten als Lagerraum verwendet.

Aus diesen wesentlichen Schwächen ergibt sich, dass im Transportplan ein Planrückstand von 13.023.000 t zu verzeichnen ist.

Universitäten und Hochschulen

Bei der Einschätzung der Situation an den Universitäten und Hochschulen muss von der Tatsache ausgegangen werden, dass sich zum Zeitpunkt der Einleitung

⁶⁴ Reichsbahnausbesserungswerk.

der Schutzmaßnahmen die Studenten in Semesterferien befanden und danach der überwiegende Teil seinen Produktionseinsatz ableistete, sodass konzentrierte negative bzw. feindliche Erscheinungen im Zusammenhang mit den Maßnahmen des 13. 8. 1961 in erster Linie unter den Wissenschaftlern und Angehörigen der Lehrkörper festgestellt werden konnten.

Schwerpunkte in dieser Hinsicht bildeten an allen Universitäten und Hochschulen die medizinischen, mathematisch-naturwissenschaftlichen und theologischen Fakultäten bzw. Fachrichtungen.

So waren an der Karl-Marx-Universität Leipzig neben starker Zurückhaltung in politischen Meinungsäußerungen zahlreiche negative und feindliche Diskussionen von Wissenschaftlern und Lehrkräften zu verzeichnen. Selbst Mitglieder und Funktionäre der Partei (bisher laufen 50 Parteiverfahren) traten mit feindlichen Konzeptionen auf.

Konzentriert sind derartige Vorkommnisse an der medizinischen, landwirtschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen sowie journalistischen Fakultät und am kunsthistorischen Institut vorhanden gewesen, wo von Seiten der Universitätsparteilung kritische Auseinandersetzungen geführt wurden.

Studenten der Karl-Marx-Universität traten verstärkt mit feindlichen Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit der Werbung zur NVA auf⁶⁵, so dass bisher 42 exmatrikuliert und 4 relegiert werden mussten.

An der Rostocker Universität gibt es unter den Wissenschaftlern eine solche Situation, dass eine große Anzahl mit den Maßnahmen nicht einverstanden sind, jedoch es bisher noch zu keinem offenen Ausbruch dieser Stimmungen kam.

An den Fakultäten für Mathematik, Naturwissenschaften, Bauwesen und Elektrotechnik der Technischen Universität Dresden wurden mehrere feindliche Gruppierungen von jungen Angehörigen der technischen sowie wissenschaftlichen Intelligenz festgestellt, die sozialdemokratische bzw. revisionistische Plattformen vertraten.

An der Martin-Luther Universität Halle traten besonders negativ Mitglieder des „Halleschen Zentrums der Leopoldina“ hervor und versuchten der Vorbereitung einer Zustimmungserklärung des akademischen Senats zu den Schutzmaßnahmen durch taktische Maßnahmen Widerstand entgegenzusetzen⁶⁶.

Der Prodekan der medizinischen Fakultät verbot offiziell die Durchführung von FDJ-Versammlungen zur Werbung für die NVA.

An der Humboldt-Universität Berlin konzentrieren sich negative und feindliche Ansichten der Wissenschaftler und auch von Studenten hauptsächlich auf die medizinische und mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät. Hinzu kommt, dass an der medizinischen Fakultät die „Evangelische Studentengemeinde“ im negativen Sinne verhältnismäßig stark wirksam ist und es an der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät zahlreiche Wissenschaftler aus Westberlin gibt,

⁶⁵ Vgl. dazu ausführlich Krätzner, Situation der Universitäten, in: Schröder/Staadt (Hrsg.), Unter Hammer und Zirkel, S. 196 ff.

⁶⁶ Weitere Dokumente dazu in: Gerstengarbe/Hennig, Opposition, S. 595–602.

die im Zusammenhang mit Diskussionen über den Lohnausgleich ungerechtfertigte Forderungen stellten.

Im Allgemeinen bilden die Universitäten und Hochschulen einen Schwerpunkt hinsichtlich der Nichtbeteiligung an der Wahl am 17. 9. 1961⁶⁷.

Beispielsweise sind 99 Studenten der Wohnheime der Universität Greifswald nicht zur Wahl erschienen, von denen 80 bewusst der Wahl fernblieben (10 Theologen, 30 Mediziner und 40 aus den Fachrichtungen Pharmazie, Physik und Chemie) und 90 % der 80 Theologiestudenten benutzten die Wahlkabine.

Von der Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau nahmen 49 Studenten ihr Wahlrecht nicht in Anspruch.

Auch von Seiten der Studenten der Friedrich-Schiller-Universität Jena war eine schlechte Wahlbeteiligung zu verzeichnen.

Kirche

Die Maßnahmen der Regierung der DDR werden von der Mehrheit der christlichen Bevölkerung der DDR anerkannt. Die Masse der katholischen und evangelischen Pfarrer billigte ebenfalls die Maßnahmen oder verhält sich seitdem abwartend.

Für beide Kirchen bedeuten diese Maßnahmen die tatsächliche Spaltung ihrer bisher noch als gesamtdeutsch bezeichneten Organisationen oder Gremien. In der Reaktion auf die Maßnahmen der Regierung der DDR muss zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche differenziert werden.

Über die reaktionäre Westberliner Kirchenleitung der evangelischen Kirche wurde versucht, folgendes zu organisieren:

1. Eine reaktionäre Leitung für alle Gliedkirchen der DDR mit ihrem Sitz im demokratischen Berlin. Diese Pläne sind bisher nicht zur Durchführung gekommen, da sie rechtzeitig erkannt und zerschlagen wurden und zur Zeit eine starke Gegengruppe in der Landeskirche Berlin-Brandenburg vorhanden ist, die an der Durchführung dieser Maßnahmen kein Interesse und sie bisher verhinderte.
2. Den Wiederaufbau des Nachrichtenverbindungsnetzes nach Westberlin. Dieser Plan wurde durch die Einschaltung von Ausländern als Kuriere im Wesentlichen verwirklicht.
3. Eine Hetzkampagne gegen die DDR. Die reaktionären Westberliner Kirchenführer haben zwar eine solche Hetzkampagne in den verschiedensten Formen begonnen gehabt; es hat sich aber gezeigt, dass von den einzelnen Landeskirchenleitungen bis hinunter zu den letzten Pfarrern, darauf unterschiedlich reagiert wurde. Die gesamte Thüringer Kirchenleitung weigerte sich, eine solche Kampagne mit durchzuführen. Sie brachten ihren Protest dadurch zum Ausdruck, dass sie zu der am 27. 9. 1961 stattgefundenen Ostkonferenz

⁶⁷ Am 17. 9. 1961 fanden in der DDR Kommunalwahlen statt.

keinen Vertreter schickten⁶⁸. Dort musste Bischof Krummacher⁶⁹ (Greifswald) erklären, dass der Druck seiner Pfarrer, die die Maßnahmen der Regierung der DDR in ihrer großen Mehrheit anerkennen, so stark sei, dass er z. B. gezwungen war, am 17. 9. 1961 zur Wahl zu gehen. Es gibt jedoch nach wie vor reaktionäre evangelische Geistliche und kirchliche Angestellte, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen oder bei Besprechungen mit Staatlichen Stellen, die Maßnahmen der Regierung der DDR ablehnen. Dabei bedienen sich diese reaktionären Kräfte zur Zeit der verschiedensten Methoden, wie z. B. verstärkte Propagierung des Pazifismus, Sammlung von Stimmen für den ausgewiesenen Ratsvorsitzenden Präses Scharf⁷⁰, einzelne reaktionäre Pfarrer in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Magdeburg nahmen von der Kanzel her gegen die Maßnahmen der Regierung der DDR Stellung⁷¹.

Die Katholische Kirche hat sich in ihrer Gesamtheit auf die durchgeführten Maßnahmen der Regierung der DDR eingestellt.

Sie hat nach dem 13. 8. 1961 so reagiert, dass ihre offiziellen Vertreter Verbindungen zur Regierung der DDR aufnahmen, um das Verhältnis der Katholischen Kirche zum Staat zu normalisieren. Dieser Linie sind alle Aktionen der katholischen Kirche in der DDR zurzeit untergeordnet. Trotzdem gibt es auch hier einzelne reaktionäre katholische Geistliche, die mit den verschiedensten Methoden ihre Abneigung gegen die Maßnahmen der Regierung der DDR zum Ausdruck bringen.

Schwerpunkte der politisch-ideologischen Probleme bei der Reaktion der Bevölkerung der DDR auf die Maßnahmen vom 13. 8. 61

Eine Analysierung der Reaktion der Bevölkerung auf die Maßnahmen vom 13. August 1961 zeigt deutliche Differenzierungen und Schwerpunkte, sowohl von den Argumenten als auch von den verschiedenen Bevölkerungsschichten her.

⁶⁸ Auf der Ostkonferenz der evangelischen Kirchen wurde u. a. beschlossen, dass die Veranstaltung in Zukunft „Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik“ heißen solle. Vgl. Besier, SED-Staat und die Kirche, S. 431.

⁶⁹ Friedrich-Wilhelm Krummacher (1901–1974), seit 1933 NSDAP-Mitglied, als Kirchenrat im kirchlichen Außenamt der ev. Kirche tätig, ab 1939 Divisionspfarrer bei der Wehrmacht, während der sowjetischen Gefangenschaft schloss er sich dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und dem „Bund deutscher Offiziere“ an. 1945 wurde er zusammen mit der Gruppe Ulbricht nach Berlin entlassen; seit 1946 war Krummacher Berliner Generalsuperintendent, 1955 wurde er Bischof der Pommerschen evangelischen Kirchen und von Juni 1960 bis 1969 war er Vorsitzender der Kirchlichen Ostkonferenz.

⁷⁰ Kurt Scharf (1902–1990), Präses, während der NS-Zeit aktives Mitglied der Bekennenden Kirche, ab 1945 Propst und Leiter der Abteilung Brandenburg im Berliner Evangelischen Kirchenkonsistorium, 1957 bis 1960 Vorsitzender des Rates der EKV, 1961 bis 1967 Vorsitzender des Rates der EKD. Am 1. 9. 1961 wurde Scharf der Zutritt nach Ostberlin verwehrt und er wurde aus der DDR ausgewiesen. Vgl. ausführlich Besier, SED-Staat und die Kirche, S. 424 ff.

⁷¹ Vgl. dazu u. a. Rudolf Mau, Protestantismus im Osten Deutschlands (1945–1990), Leipzig 2005, S. 79 ff.

Ohne im Folgenden auf die positive Reaktion näher einzugehen, muss auf die für die Gesamtschätzung wichtige Feststellung hingewiesen werden, dass die Mehrheit aller Bevölkerungsschichten, besonders der Arbeiter und Angestellten, die Maßnahmen begrüßten und auch ihre politische Notwendigkeit anerkannten. Neben diesen positiven Reaktionen waren aber verhältnismäßig stark in allen Bezirken und Kreisen sowie in allen Bevölkerungsschichten eine Reihe auf politische Unklarheiten zurückzuführende Argumente vorhanden, aus denen zu erkennen war, dass die Stärke des sozialistischen Lagers und die Möglichkeit, Kriege zu verhindern, bezweifelt wurde.

Zu einem großen Teil war bei diesen und bei den negativen Stellungnahmen der starke Einfluss des westlichen Rundfunks und Fernsehens ersichtlich.

Neben den zahlreichen Angsteinkäufen und Geldbewegungen, hervorgerufen durch das gegnerische Gerücht über einen angeblichen Geldumtausch, zeigte sich dies auch darin, dass in den ersten Reaktionen unmittelbar nach dem 13.8. die negativen oder direkt feindlichen Stimmen im Verhältnis zu den positiven sehr gering waren, aber dann analog der gegnerischen Hetz- und Verleumdungskampagnen in immer stärkerem Maße zunahm, hauptsächlich mit den Argumenten:

- die Maßnahmen würden die Kriegsgefahr erhöhen,
- die Maßnahmen würden die Spaltung Deutschlands vertiefen,
- Westberlin mit Stacheldraht zu umgeben, sei eine Provokation.

Als eine weitere Ursache für das Anwachsen der unklaren und negativen Stellungnahmen und als ebenfalls für mehr oder weniger alle Bevölkerungskreise typische Erscheinung ist die Ansicht

- die Westmächte werden sich das nicht bieten lassen und Gegenmaßnahmen ergreifen

zu werten.

Aus ihr entsprangen auch zu einem großen Teil die stark aufgetretenen Tendenzen des Abwartens und Zurückhalten und teilweise wurde die Meinung vertreten, man müsse jetzt sehr vorsichtig mit allen Äußerungen sein.

Ein großer Teil dieser auf gegnerische Maßnahmen spekulierenden Personen diskutierte deshalb nach Ausbleiben solcher Maßnahmen negativ, während andere – besonders bei Angehörigen der Intelligenz festzustellen – nach wie vor eine abwartende Haltung einnehmen bzw. nur in sehr vertrautem Kreise ihre wahre Meinung sagen.

Als ebenfalls typisch für alle Bevölkerungsschichten und Bezirke ist zu dem Komplex unklare und negative Meinungen folgende Erscheinung zu werten:

In vielen Fällen werden die Maßnahmen vom 13.8.61 zu einseitig, als nur gegen die Grenzgänger und Schieber gerichtet, betrachtet und die vielen anderen politischen Aspekte, z. B. die große Bedeutung für die Erhaltung des Friedens, noch nicht richtig erkannt bzw. ignoriert oder abgelehnt.

Während sie als Maßnahmen gegen Grenzgänger und Schieber fast ausnahmslos begrüßt und unterstützt werden, gibt es für die verschiedensten anderen Gesichtspunkte eine Reihe Bedenken, Einwände und bis zu offenen feindlichen Diskussionen reichende Ablehnung. Zum Teil verbergen sie sich auch hinter den

Diskussionen über die „Form der Maßnahmen“ (Stacheldraht und Panzer) und hinter den Diskussionen über die angeblich nicht offene Begründung der Maßnahmen durch Partei und Regierung.

Die wichtigsten und am häufigsten auftretenden Argumente – in zusammengefasster Form dargestellt – waren:

– Die offizielle Begründung, besonders die militärischen Angriffspläne der Bonner Ultras, die Tätigkeit der Agentenzentralen und die Rolle Westberlins als Brückenkopf sei gar nicht so stichhaltig und entspreche nicht der Wahrheit. Es ginge lediglich um eine Verhinderung der Republikflucht.

Dazu werden u. a. folgende „Begründungen“ angeführt:

- Ursache der Republikflucht sei nicht der von Westdeutschland betriebene Menschenhandel, sondern die Politik in der DDR selbst (vor allem die Beschränkungen im Reiseverkehr nach Westdeutschland) bzw. das sozialistische System überhaupt;
- der westdeutsche Militarismus sei gar nicht so gefährlich, wie er immer dargestellt wird;
- die Maßnahmen würden sich in erster Linie gegen die Bevölkerung der DDR selbst richten und ihre „Freiheit“ beschränken;
- statt der Maßnahmen hätte man „freie Wahlen“ durchführen sollen.

Auch diese „Argumente“ spiegeln deutlich den Einfluss der feindlichen Propaganda wieder und ihre Wirksamkeit zeigte sich vereinzelt auch in solch offenen provokatorisch-feindlichen Äußerungen:

von einem „KZ – DDR“, dass bald alles zusammenbrechen und es einen neuen 17. Juni geben werde.

Mit Ausnahme der im letzten Absatz genannten feindlichen Äußerungen wurden die bisher angeführten Erscheinungen, Reaktionen und Argumente zwar aus allen Bevölkerungskreisen bekannt, aber besonders sind nach übereinstimmenden Einschätzungen Angehörige der Intelligenz, kleinbürgerliche Personenkreise, Teile der ländlichen Bevölkerung und Jugendliche Träger dieser und ähnlicher falscher Ideologien und deshalb als Schwerpunkte unter den Bevölkerungskreisen zu betrachten.

Jedoch gibt es auch hier bestimmte Differenzierungen.

Bei den Angehörigen der Intelligenz sind vor allem die medizinische Intelligenz (außer Tierärzten) und die wissenschaftliche Intelligenz Schwerpunkt, während die technische und pädagogische Intelligenz nicht in diesem Ausmaße auftraten. Bei den ländlichen Bevölkerungskreisen treten besonders solche Personen auf, die erst bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft Mitglieder der LPG wurden und besonders Angehörige der LPG Typ I⁷².

⁷² Es gab drei LPG-Typen: Beim Typ I wurde das Ackerland eingebracht, beim Typ II das Ackerland, die Maschinen und die Zugtiere, der Typ III war vollgenossenschaftlich, d. h. Ackerland, Maschinen, Zugtiere, das gesamte Nutzvieh, Wiesen, Weiden und Waldflächen und sonstige Güter wurden eingebracht.

Für die Haltung dieser Bevölkerungskreise sind neben den bereits erwähnten Argumenten noch folgende, speziell von ihnen vertretene Ansichten und Argumente charakteristisch.

Angehörige der Intelligenz:

- Die Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen und private Besuche in Westdeutschland seien durch die Maßnahmen unmöglich gemacht.
- Die Wissenschaft der DDR, besonders die medizinische Wissenschaft, würde dadurch weit hinter dem internationalen Stand zurückbleiben.
- Es sei mit dem Abbau ihrer Vergünstigungen und mit einer Anpassung an das (angeblich sehr niedrige) Lebensniveau der Volksdemokratien zu rechnen.
- Das Ärztekommunique⁷³ sei nicht eingehalten worden (Besuche bei Verwandten und Teilnahme an Kongressen in WD⁷⁴) und man müsse mit einem „harten Kurs“ rechnen.
- Für die Allgemeinheit wären diese Maßnahmen gut, aber für Angehörige der Intelligenz müssten Ausnahmen gestattet werden; denn die Reisebeschränkungen seien auf die Dauer nicht ertragbar.

Man müsse den Eindruck gewinnen, dass die Partei und Regierung den Angehörigen der Intelligenz, besonders den Ärzten, misstraut. Es sei nur auf den baldigen Abschluss eines Friedensvertrages zu hoffen, damit die Reisebeschränkungen wieder gelockert werden.

Im Bezirk Halle wurde aus Kreisen der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz zusammen mit dem Hinweis, dass man ihnen durch die Maßnahmen ein Druckmittel (Republikflucht) aus der Hand geschlagen habe, bekannt, dass man plant die Notwendigkeit des Erfahrungsaustausches mit Westdeutschland durch geeignete Arbeitsweise (!) der Regierung nachzuweisen, um dadurch wieder eine Möglichkeit zum Verlassen der DDR zu erhalten.

Kleinbürgerliche Personenkreise:

Hier traten besonders Handwerker, Geschäftsleute und Angehörige kleinbürgerlich-demokratischer Parteien in Erscheinung.

- Nach diesen Maßnahmen wird jetzt sicher auch das Handwerk und das Privateigentum „mit Gewalt“ sozialistisch umgestaltet, bzw. ist mit einem „härteren Kurs“ und mit „einschneidenden Maßnahmen“ zu rechnen.
- Die Maßnahmen werden Materialschwierigkeiten zur Folge haben und mit dem privaten Handwerk wird es wohl zu Ende gehen.
- Die Perspektive des Mittelstandes, wie sie auf dem 13. Plenum gegeben wurde⁷⁵, mache man jetzt rückgängig.

⁷³ Um die Abwanderung von Ärzten aus der DDR zu stoppen, erließ die SED u. a. im September 1958 und im Dezember 1960 Ärztekommunikés. Vgl. dazu Anna-Sabine Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster 1997, S. 52f. u. S. 108.

⁷⁴ Westdeutschland.

⁷⁵ Das 13. Plenum des ZK der SED fand am 3./4. 7. 1961 statt; Protokoll in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, DY30/IV 2/1/257–259.

Letzteres Argument wurde z. B. im Bezirk Erfurt im Zusammenhang mit einigen Überspitzungen gebraucht, als versucht wurde, Handwerksbetriebe und Werkstätten republikflüchtig gewordener Personen für andere Zwecke zu verwenden.

Bei vielen Angehörigen kleinbürgerlich-demokratischer Parteien zeigten sich Resignationserscheinungen besonders bei der Vorbereitung der Wahlen, die zu Passivität und zum Ablehnen von Kandidaturen führten.

Im Bezirk Cottbus begründeten z. B. CDU- und DBD⁷⁶-Kandidaten ihre Ablehnung mit dem Argument, dass sie mit der gegenwärtigen Politik der Partei und Regierung nicht einverstanden wären und dafür später nicht zur Verantwortung gezogen werden wollen.

Ländliche Bevölkerungskreise:

Wie bereits erwähnt wurden vor allem von solchen LPG-Mitgliedern, vorwiegend Typ I, negative Diskussionen und Spekulationen geäußert, die bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in die LPG eintraten:

- Man wird mit den Bauern jetzt eine andere Sprache sprechen.
- Eine Rückgängigmachung der sozialistischen Umgestaltung auf dem Lande wird jetzt nicht mehr möglich sein.

Auf der anderen Seite wird von einzelnen LPG-Bauern z. B. im Bezirk Rostock das Gerücht verbreitet, dass im Herbst mit der Auflösung einiger LPG zu rechnen sei. Die Aktion zur Einschränkung des Abhörens westlichen Rundfunks und Fernsehens zeigte besonders auf dem Lande den starken Einfluss westlicher Propaganda⁷⁷. So wurde erklärt, dass man sich nach 2 Seiten orientieren müsse, dass die Verfassung Rede- und Pressefreiheit gewährleiste und man deshalb das Abhören westlicher Sender nicht verbieten könne.

Jugendliche:

Nach übereinstimmenden Einschätzungen aller Bezirke stellen die Jugendlichen hauptsächlich bis zu 25 Jahren einen besonderen Schwerpunkt dar. Das zeigt sich auch in dem hohen Anteil jugendlicher Täter an den nach dem 13. August stark angestiegenen feindlichen Handlungen, besonders aber an der Reaktion zum FDJ-Aufgebot (Eintritt in die NVA)⁷⁸.

Neben den bereits angeführten allgemein verbreiteten Argumenten, ist für viele Jugendliche typisch, dass sie offen erklären, nicht mehr ihren „Interessen“ entsprechend nach Westberlin fahren können oder dass sie mit Bestimmtheit noch

⁷⁶ Demokratische Bauernpartei Deutschlands.

⁷⁷ Anfang September 1961 startete die SED eine organisierte Kampagne gegen den Empfang von Westsendern. Diese Kampagne, die unter dem Schlagwort Aktion „Blitz“ bzw. „Ochsenkopf“ firmierte, wurde federführend von der FDJ durchgeführt. Es wurden Antennen abmontiert oder umgesetzt, vereinzelt Rundfunk- und Fernsehgeräte beschlagnahmt und Personen, die Westfernsehen bzw. -rundfunk empfangen, öffentlich diffamiert. Vgl. u. a. Eisenfeld/Engelmann, 13. 8. 1961: Mauerbau, S. 7.

⁷⁸ Unmittelbar nach dem Mauerbau startete u. a. die FDJ eine Kampagne zum „freiwilligen“ Eintritt in die NVA. Vgl. Marc-Dietrich Ohse, Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974), Berlin 2003, S. 34f.

republikflüchtig geworden wären, wenn sie vorher etwas von diesen Maßnahmen hätten ahnen können.

Stark sind diese Meinungen vor allem in den Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder und in Berlin verbreitet.

Diese Grundhaltung zeigt sich auch in den zahlreichen und teils gelungenen Versuchen, nach den Maßnahmen gewaltsam die Staatsgrenze nach Westberlin zu durchbrechen. Ferner weist die provozierende Haltung von Jugendlichen gegenüber den Sicherungskräften an der Grenze auf die noch immer starke westliche Orientierung hin.

In allen Bezirken gleichermaßen stark sind die Ablehnungen eines Eintritts in die NVA, wenn auch die positive Haltung der Jugendlichen insgesamt überwiegt.

Die hauptsächlichsten Argumente gegen einen Eintritt sind:

- Wozu verstärkte Armee, wenn wir doch den Frieden wollen.
- Wir schießen nicht auf unsere Brüder und Schwestern.
- Wir nehmen keine Waffe in die Hand, denn Waffe ist Waffe.
- Die Warschauer Paktstaaten sollen unseren Schutz organisieren.
- Wir gehen nur zur NVA, wenn die Wehrpflicht eingeführt wird⁷⁹.

In vielen Fällen ist der Einfluss der FDJ gegen diese Haltung vieler Jugendlicher noch ungenügend, z. B. Frankfurt/Oder und Erfurt, Berlin.

Im Bezirk Erfurt verhielten sich z. B. ganze FDJ-Gruppen passiv zum Aufruf der FDJ und besonders ablehnend traten Studenten und Angehörige der jungen Intelligenz in Erscheinung.

Die gleiche Feststellung wurde im Bezirk Suhl an der Hochschule für Elektrotechnik in Ilmenau getroffen.

Der überwiegende Teil der kirchlich gebundenen Jugendlichen, ganz offensichtlich unter dem Einfluss der von der Kirche verbreiteten Hetze und Ablehnung der NVA, wendet sich mit dem Hauptargument, dass der Eintritt in die NVA ihrem Gewissen widerspreche und deshalb nicht zu verantworten sei, gegen den Kampfaufruf der FDJ.

⁷⁹ Die allgemeine Wehrpflicht wurde am 24. 1. 1962 in der DDR eingeführt.